

**HUBERTUS BUCHSTEIN und BENJAMIN FISCHER**

## **NPD-Mandatsträger in Kommunalparlamenten – Erfahrungen aus dem Nachbarland Mecklenburg-Vorpommern**

*[Buchstein  
Fischer]*

Die NPD ist seit Beginn der 1990er Jahre in Mecklenburg-Vorpommern aktiv und hatte bereits in dieser Zeit eine enge Verbindung zur militanten neonazistischen Szene. Anders als bei der DVU und den REPublikanern gelang es der NPD als einziger Partei des rechten Spektrums im Land, ansatzweise funktionierende Strukturen aufzubauen. Der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern verfügte im Herbst 2006 über etwa 250 Mitglieder – angesichts von knapp 1000 Personen ohne Parteibindung, die dem rechtsextremen Spektrum zugerechnet werden, verdeutlicht diese Zahl, dass die Partei keinen Führungsanspruch innerhalb des rechtsextremistischen Lagers an der Küste für sich reklamieren kann. Sie ist in Mecklenburg-Vorpommern darauf angewiesen, sich mit den Kameradschaften, mit deren Bündnissen und mit anderen Gruppierungen, die das rechtsextremistische Lager prägen, zu arrangieren.

Die Kommunalwahlen im Juni 2004 unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern insofern neuen politischen Spielregeln, als die rot-rote Landesregierung die Fünf-Prozent-Hürde für Kommunalwahlen ein Jahr zuvor abgeschafft hatte. Die NPD kandidierte nicht flächendeckend im Land, sondern nur dort, wo sie sich von vornherein gute Chancen ausgerechnet hatte. Ohne großen Wahlkampf konnte sie insgesamt zehn kommunale Mandate erringen, die von acht verschiedenen Personen eingenommen werden (zwei von ihnen nehmen jeweils ein Doppelmandat auf Gemeinde- und Kreistageebene wahr) und war damit erstmals in Mecklenburg-Vorpommern parlamentarisch vertreten. Die Mandate verteilen sich folgendermaßen: Stadtvertretung Anklam (8,0 Prozent Stimmenanteil – 1 Mandat), Gemeindevertretung Teldau (7,6 – 1), Kreistag Ostvorpommern (4,2 – 2), Bürgerschaft Stralsund (3,9 – 2), Stadtvertretung Ludwigslust (3,6 – 1), Kreistag Ludwigslust (3,4 – 2), Kreistag Müritzkreis (2,6 – 1). Nach zweieinhalb Jahren lassen sich einige Muster der kommunalpolitischen Arbeit der NPD in Mecklenburg-Vorpommern erkennen.

Alle acht Abgeordneten sind männlich. Ihr Durchschnittsalter lag am Wahltag bei 38,1 Jahren. Fünf von ihnen waren zum Zeitpunkt ihrer Wahl zwischen 26 und 35 Jahre alt, zwei in der Kohorte zwischen 44 und 51 Jahren und nur ein Mandatsträger hatte das Rentenalter bereits überschritten. Damit ist das NPD-Personal vergleichsweise jung. Unter den acht Abgeordneten befinden sich fünf gelernte bzw. angelernte Arbeiter verschiedener

handwerklicher Berufe, die zum Teil jedoch erwerbslos sind, ein gelernter Versicherungskaufmann, ein arbeitsloser Jurist und ein Rentner. Vier der NPD-Abgeordneten sind ehemalige DDR-Bürger (drei von ihnen gehören zu den jüngsten Abgeordneten). Die anderen vier stammen aus den alten Bundesländern und sind aus dezidiert politischen Motiven in die Region gezogen.

Ihre Aktivitäten sind auf das Plenum begrenzt, da die NPD-Mitglieder aufgrund ihrer geringen Stärke in keiner Kommune in Ausschüssen vertreten sind. Spektakuläre Aktionen haben sie dabei nicht an den Tag gelegt. Bis auf das regelmäßige Mitschleppen von zwei roten Klappstühlen in Stralsund, mit denen sie gegen das aus ihrer Sicht zu teure Mobiliar im Sitzungssaal protestieren, bewegen sich sämtliche Aktivitätsformen in den Plenarsitzungen im Rahmen des konventionellen kommunalparlamentarischen Verhaltens. Selbst Zwischenrufe sind eher selten. Sie nehmen nicht einmal dann, wenn im Publikum Unterstützer von ihnen sitzen, demonstrativ Kontakt zu ihnen auf oder versuchen, sich vor ihrer Kulisse besonders zu produzieren. Auch hat die NPD bislang darauf verzichtet, in größer angelegten Aktionen unterstützendes Publikum zu bestimmten Sitzungen oder Themen zu mobilisieren.

Während in den ersten zwei Jahren Michael Andrejewski mit seinem Doppelmandat in der Stadtvertretung von Anklam und dem Kreistag Ostvorpommern eine – auch im Vergleich mit den Mandatsträgern anderer Parteien – recht rege Aktivitätsintensität zeigt, sind alle anderen NPD-Abgeordneten entweder lediglich körperlich anwesend oder treten als seltene Gelegenheitsaktivisten in Erscheinung. So dauerte es in Stralsund fast ein halbes Jahr, bis einer der beiden NPD-Abgeordneten überhaupt einmal den Weg zum Redepult fand. Im gesamten Zeitraum zwischen Juni 2004 und Dezember 2005 gab es in Stralsund weniger als fünf Redebeiträge, Anfragen wurden keine gestellt und Anträge sind aus formalen Gründen gar nicht erst behandelt worden. Dies änderte sich erst, als im Frühjahr 2006 im Zuge der kommenden Landtagswahl Andrejewski seinen beiden dortigen Parteikameraden helfend zur Seite trat. Auch in den anderen Kommunen war die NPD nur sehr selten aktiv. Dieser Befund steht im eklatanten Widerspruch zu dem Bild, das die NPD in ihren parteieigenen Veröffentlichungen über ihre kommunalen Aktivitäten zeichnet.

Inhaltlich dominieren in den Anträgen, Anfragen, Reden und Zwischenrufen der NPD mit fast einem Drittel aller im Zeitraum 2004 bis 2006 ausgezählten Einträge die sozial- und wirtschaftspolitischen Themen. Dazu gehört vor allem die Kritik an der Hartz IV-Gesetzgebung, die Beanstandung verschiedener Vorgänge bei den Arbeitsagenturen, Widerstand gegen die Fusion zweier Sparkassen bzw. Krankenhäuser, gegen die Privatisierung von Wohnungsbaugesellschaften sowie gegen die Erhöhung der Strompreise. Die NPD wird bei diesen Themen nicht müde, in national-revolutionärer Sprache jedes Mal neu die direkte Verbindung dieser kommunalen Themen zum verhassten „System des

globalen Kapitalismus“ herzustellen. Auf dem zweiten Platz in der Häufigkeitsliste liegt die Rubrik Behördenkritik nach dem folgendem Muster: Ein abgehobener „bürokratischer Wasserkopf“ muss von der NPD zur Raison gebracht werden, damit die Interessen des „kleinen Mannes“ in den Behörden nicht aus dem Blick geraten. Am dritthäufigsten ist die Geschichtspolitik, also der Umgang mit der NS-Geschichte. Sei es, dass sich die NPD in Anklam gegen die Initiative wehrt, ein bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges als Militärschule und -gefängnis genutztes Gebäude in ein internationales Friedenszentrum umzuwandeln, sei es ihre Forderung, den deutschen Soldatenfriedhof intensiver zu pflegen, sei es ihre Idee eines Gedenksteins für die „Opfer alliierter Luftangriffe“ in Stralsund oder der Vorschlag in Ludwigslust, das Gedenken an die Opfer eines KZ mit einer von den Kameradschaften organisierten Gedenkfeier für Theodor Körner zu flankieren. Erst auf Rang vier folgen fremdenfeindliche Sachverhalte (z.B. ein versuchter Sachantrag, für jedes deutsche Baby ein Begrüßungsgeld von 500 Euro einzuführen oder die Forderung, die Landkreise sollten ihre Mitgliedschaft in der EU-geförderten Kommunalgemeinschaft Pomerania aufkündigen). Zusätzlich versucht die NPD vor allem in Anklam und Ostvorpommern, schneller als andere Parteien auf kommunale Missstände aufmerksam zu machen bzw. rascher einen Antrag zu formulieren, den selbst die demokratischen Parteien, rein sachlich gesehen, eigentlich kaum ablehnen dürften (ein Antrag für den Erhalt des Kreisstadtstatus von Anklam; Sanierungspläne für marode Straßen in der Innenstadt von Stralsund). Der größte Erfolg diesbezüglich gelang Andrejewski im Februar 2006, als er bemerkte, dass beim geplanten Verkauf des Kreiskrankenhauses Wolgast an das Universitätsklinikum Greifswald der Hauptkaufvertrag schlichtweg vergessen worden war. Zusätzlich dürfte ihn der Umstand geadelt haben, dass auch das Bundeskartellamt Widerspruch gegen diese Fusion eingelegt hat.

Gemessen am demokratischen Ideal, wonach gute Kommunalpolitik in der aktiven Teilnahme an Lösungen für Probleme vor Ort besteht, müsste die Kommunalpolitik der NPD in Mecklenburg-Vorpommern als desaströs bezeichnet werden: Sieben ihrer acht Mandatsträger treten als Kommunalparlamentarier fast überhaupt nicht in Erscheinung. Dies ist jedoch kein Maßstab, der dem Selbstverständnis der Rechtsextremen gerecht würde. Die NPD hat zu den Parlamenten auch auf kommunaler Ebene ein rein instrumentelles Verhältnis. Ihre Hinwendung zur Kommunalpolitik ist von dem strategischen Ansinnen geprägt, die Partei über die kommunale Präsenz auch auf Landesebene zu etablieren. Vor dem Hintergrund dieser Zielsetzung hat die Partei bislang durchaus erfolgreich agiert, denn es ist ihr anschließend gelungen, bei den Landtagswahlen im Herbst 2006 mit 7,3 Prozent in den Landtag einzuziehen.

Im Vergleich lassen sich zwei taktische Herangehensweisen bei der NPD unterscheiden. Die eine praktiziert Andrejewski, der sich redlich müht, mit den anderen Parteien im Kreistag von

Ostvorpommern und in der Stadtvertretung Anklam mitzuhalten, indem er Reden hält, Anfragen formuliert und Anträge einreicht. Seine Sternstunden schlagen dann, wenn die anderen Parteien ihn akzeptieren, seine Initiativen loben und sogar gelegentlich einem Antrag von ihm zustimmen. Sein taktischer Weg ist für die NPD ausgesprochen voraussetzungsvoll und aufwändig. Er verlangt von den Parteimitgliedern den Mut zum permanenten öffentlichen Bekenntnis. Vor allem aber verlangt er einen langen Atem, entbehrensreiches Aktenstudium, lang andauernde Sitzungen sowie die Fähigkeit, im politischen Engagement vor Ort kontinuierlich die Bindung zu den Bürgern herzustellen. Die andere Herangehensweise wird von Stefan Köster und Klaus Bärthel in Ludwigslust praktiziert. Beide sind schon lange im rechtsextremen Milieu aktiv, sie haben Aufmärsche von Kameradschaften organisiert, rechtsextreme Postillen herausgegeben und sind geübt in der Auseinandersetzung mit Strafverfolgungsbehörden. Zudem ist Köster hauptamtlicher Bundesgeschäftsführer der NPD, Mitglied im Bundesvorstand und Landesvorsitzender der Partei. Ihre Passivität im Kreistag basiert auf einer ganz nüchtern kalkulierenden politischen Grundannahme, die lautet: „Es ist sowieso egal, was wir von der NPD konkret im Kreistag leisten, wichtig ist nur, dass wir in der nach außen gerichteten Propaganda den Eindruck vermitteln, wir würden etwas tun.“ Entsprechend investiert Köster sehr viel mehr Energie und Phantasie in die virtuelle Präsentation der Partei im Netz als in die Arbeit in der kommunalen Körperschaft. Seit dem 12. Juni 2006 hat sich Bärthel vollkommen aus der Kommunalpolitik zurückgezogen und sein Mandat im Kreistag Ludwigslust an Michael Grewe übergeben, der bisher nur in der Gemeindevertretung seines Wohnortes Teldau vertreten war. Es ist schwer auszumachen, welche der beiden Strategien längerfristig die Oberhand in der NPD behalten wird, zumal sowohl Andrejewski wie auch Köster seit Herbst 2006 Mitglieder des Landtages sind.

Die Umgangsweisen der anderen Parteien mit der NPD fallen recht unterschiedlich aus. Auffällig ist zunächst, dass es bei den großen Parteien CDU, SPD und PDS keine festen parteipolitischen Muster im Umgang mit der NPD auf kommunaler Ebene gibt. Am plakativsten gegen die NPD agiert zweifellos die Bürgerschaft in Stralsund, wo die Rechtsextremisten konsequent ausgegrenzt werden. In Ostvorpommern manifestierte sich die Ablehnungsfront zwar erst wesentlich später, gipfelte dann aber auch in einer gemeinsamen Erklärung gegen Rechtsextremismus. Im Kreistag Ludwigslust geben die führenden Kommunalpolitiker öffentlich häufig Statements ab, mit denen sie sich ganz klar von der NPD distanzieren. Unschärfer verläuft die Trennungslinie zwischen NPD und demokratischen Parteien in der Stadtvertretung Anklam. Hier kam es sogar dazu, dass ein Antrag von Andrejewski mit großer Mehrheit angenommen wurde.

Mit dem Einzug der NPD in den Landtag im Herbst 2006 haben sich auch auf kommunalpolitischer Ebene die politischen Konstellationen verändert. Erstens sind mit

Köster und Andrejewski führende lokale Parteikader in das Schweriner Schloss eingezogen und die Partei muss sich vor Ort personell neu justieren. Zweitens versucht die NPD, mit Hilfe der Ressourcen für ihre Landtagsmitarbeiter, die Partei auf lokaler Ebene weiter zu verankern (z.B. durch den Aufbau von Hartz-IV-Beratungsbüros). Drittens aber nehmen die anderen Parteien im Land, viele Aktivisten in der Bürgergesellschaft aber auch in den Feuerwehren und Sportvereinen den Rechtsextremismus spätestens seit der Landtagswahl als einen ernstzunehmenden politischen Faktor wahr und suchen vielfach gemeinsam nach Wegen, ein soziales Anwachsen der NPD in den lokalen Milieus des ländlichen Raums zu verhindern. Ob und inwieweit es der NPD tatsächlich gelingt, auf kommunalpolitischer Ebene wirklich Fuß zu fassen, ist somit zumindest fraglich. Auch ist es der Partei nach ihrem Wahlerfolg nicht gelungen, die Zahl ihrer Aktivisten merklich zu erhöhen – weiterhin ist sie auf die Unterstützung und das prekäre Bündnis mit der Kameradschaftsszene angewiesen.

**Literatur:**

Beier, Katharina/ Bogitzky, Jenny/ Buchstein, Hubertus/ Feike, Katharina/ Fischer, Benjamin/ Freyber, Pierre/ Strüwing, Mathias/ Wiedemann, Tim 2006: Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns. Greifswald: Steinbecker-Verlag.